

## SL-Sommerakademie I 13. Juli 2025 I Bielefeld

### Welfare or Warfare?

Warfare bedeutet eben nicht nur, Unsummen für Rüstung auszugeben und dafür den Sozialstaat zu kürzen, sondern eine Politik offener Kriegsvorbereitung zu betreiben und damit diese Gesellschaft umzubauen. Diese Politik ist ein frontaler Angriff auf die arbeitenden Klassen, der sich auf mehreren Ebenen vollzieht.

**Erstens:** Die Umverteilung von unten nach oben wird in der Zeitenwende weiter voranschreiten, und die Armut wird zunehmen. Über diese verteilungspolitische Binse, dass jeder Euro, der in den Rüstungshaushalten versenkt wird, für gute Bildung, für eine ausfinanzierte Kindergrundsicherung, für eine funktionierende Daseinsvorsorge oder für den ökologischen Umbau der Industrie fehlt, hat Ralf bereits gesprochen.

Deshalb komme ich gleich zur **zweiten Ebene** - die Zeitenwende verändert das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. In einer gesellschaftlichen Atmosphäre aus realen Deindustrialisierungserfahrungen, Inflation, Sozialabbau und Rechtsruck entsteht ein Klima des Verzichts, das nicht Rückenwind für die Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mit sich bringt, sondern im Gegenteil: Es ist Rückenwind für die Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerungen und Abweichungen vom Flächentarifvertrag. Dabei kommt auch gewerkschaftliche Tarifpolitik unter Druck. Bereits in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges hat sich gezeigt, dass der inflationsbedingte Kaufkraftverlust tarifpolitisch nur schwer auszugleichen war, weil der Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise auf die Löhne und Gehälter drückte. Und trotz der guten Tarifabschlüsse der Gewerkschaften insgesamt in den Jahren 2022 und 2023

stellte das WSI im letzten Jahr fest, dass sich die durchschnittlichen Tariflöhne in 2024 auf dem Niveau von 2016 bewegten.

**Drittens:** Der militärische Umbau der Daseinsvorsorge ist die Unterordnung von öffentlichen Versorgungsleistungen unter die Logik des Militärischen und führt zu erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung. So steht im Postrechtsmodernisierungsgesetz, das im Juli des letzten Jahres in Kraft trat, dass im Spannungsfall die Postbeförderung nur noch kriegswichtigen Personen und Institutionen vorbehalten ist.

In der Schule erleben wir schon jetzt, dass eine umfassende Bildung und Körperertüchtigung der Vorbereitung auf den Dienst an der Waffe weichen wird, wenn man beispielsweise bedenkt, dass durch das Bundeswehrförderungsgesetz Lehrer dazu verpflichtet werden, Soldaten in den Unterricht einzuladen, dass offen darüber diskutiert wird, im Sportunterricht den Weitwurf mit Handgranatenattrappen zu trainieren oder dass Schüler - wie an der Leipziger Humboldtschule geschehen - Schulverweise bekommen, weil sie zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

Aber auch im Bereich der Transport- und Verkehrswege könnte im Spannungsfall die Versorgung der breiten Bevölkerung erheblich eingeschränkt sein. Grundlage ist das sogenannte Verkehrssicherstellungsgesetz von 1965. Darin wird die Deutsche Bahn dazu verpflichtet, eine bestimmte Verkehrsleistung für die Bundeswehr bereitzuhalten. Im niederländischen Fernsehen lief kürzlich eine Reportage über die „Drehscheibe Deutschland“, in der der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Marcel Bohner, sagte, dass bei einem Spannungsfall an der Ostflanke über mehrere Monate unser Autobahn-, Schienen- und Hafennetz belegt sein wird, weil

mehrere hunderttausende alliierte Truppenverbände und mehrere zehntausend Gefechtsfahrzeuge von West nach Ost einmal quer durch Deutschland geleitet werden müssen.

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge aber im Gesundheitswesen erkennen, wo seit drei Jahren die zivilmilitärische Zusammenarbeit mit Hochdruck vorangetrieben wird. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass die zu Friedenszeiten erprobte zivilmilitärische Zusammenarbeit im Rahmen der Amtshilfe im Kriegsfall schnell in ihr Gegenteil verkehrt wird: Während im Alltag die Bundeswehr die zivilen Behörden unterstützt, ist es im Krieg genau andersherum - die Verzahnung von ziviler Gesundheitsversorgung und Militärmedizin wird die medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung verschlechtern. Das geht auch aus dem Grünbuch hervor, das die Bundesregierung Anfang des Jahres veröffentlichte; hier wird im Falle eines Krieges mit 1.000 verletzten Soldaten pro Tag gerechnet, die auch in zivilen Krankenhäusern versorgt werden sollen. Die medizinische Versorgung von Lungenentzündungen, Herzinfarkten, Schlaganfällen oder Krebserkrankungen dürfte weiter darunter leiden. Im Grünbuch wird bereits darauf hingewiesen, dass man die Bevölkerung darauf vorbereiten müsse, dass sie Einschränkungen hinnehmen müssen.

Aus diesem Grund ist es auch eine Illusion zu glauben, die 500 Milliarden Euro Sondervermögen werden nun dazu führen, dass endlich ausreichend Geld zur Verfügung steht, um kaputte Schuldächer zu reparieren, Brücken instand zu halten, Pflegekräfte zu entlasten und flächendeckende Kita-Angebote zu machen. Das Gegenteil wird der Fall sein: Die soziale und öffentliche Infrastruktur wird weiter vor sich hinrotten, denn in der Zeitenwende ist auch die Investitionspolitik dem Primat der Außen- und Sicherheitspolitik unter-

stellt, das heißt: das Sondervermögen wird dringend benötigt, um die öffentliche Infrastruktur kriegstüchtig zu machen. Zumal es dafür Begehrlichkeiten gibt. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik - ein regierungsnaher Think Tank - hatte bereits letzten Sommer bemängelt, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland derart marode ist, dass sie die Sicherheit Europas gefährden würde, weil sie die Militärbewegungen beeinträchtigt. Die Stadt Köln plant eine unterirdische Intensivstation und mit dem Schienenausbau-projekt „Rail Baltica“, also die infrastrukturelle Anbindung Osteuropas an die NATO angepasst werden.

Fraglich ist, ob die 500 Milliarden Euro Sondervermögen überhaupt ausreichen werden. Und das Bundesverteidigungsministerium kündigte auf der Kommunikationsplattform X in der vergangenen Woche an, dass es ein „Crowding-in“ geben solle, um die Summe von 500 Milliarden Euro durch das Einwerben von privatem Kapital auf 2-3 Billionen Euro zu erweitern.

Die **vierte** Ebene ist die ökologische Zerstörung, die sich durch den Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungskurs der Bundesregierung beschleunigen wird. Beim Abfeuern von Geschossen und Marschflugkörpern und beim Einsatz von Militärflugzeugen, Panzern, Kampffjets oder Militärschiffen werden enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen freigesetzt. Allein der F-35-Kampffjet stößt pro Stunde mehr CO<sub>2</sub> aus, als ein Deutscher im Jahr verursacht. Der niederländische Klimaforscher Lennard de Klerk hat errechnet, dass der Ukraine-Krieg allein im ersten Jahr 120 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente ausgestoßen. Werden solche Emissionsquellen nicht abgeschaltet, lässt sich die Erderhitzung nicht stoppen.

Und **Fünftens**: Aufrüstung führt zu einer Einschränkung der Demokratie. Schon jetzt wird deutlich, dass die Unterordnung aller gesellschaftlichen Sphären unter die außenpolitische Linie der Bundesregierung den öffentlichen Meinungskorridor verengt. Nicht nur Journalisten, sondern auch Vertreter des politischen Establishments wie Rolf Mützenich, Günter Verheugen, Ralf Stegner, Gerhard Schröder oder auch Angela Merkel wurden als Putin-versteher oder Moskaus fünfte Kolonne diffamiert, weil sie sich für mehr Diplomatie ausgesprochen haben.

Hinzu kommt: Die Bundesregierung hat die alte Notstandsgesetzgebung wieder hervorgeholt und so verändert, dass sie erleichtert anwendbar ist. Teil des „Artikelgesetzes zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft“ ist beispielsweise das Arbeitssicherstellungsgesetz, das die Sicherstellung der Arbeitsleistung auch im Spannungsfall regelt. So können Beschäftigte, deren Tätigkeit der Versorgung der Bundeswehr oder verbündeten Streitkräften dient, Beschäftigte in Betrieben, die Militärausrüstung oder die entsprechenden Dienstleistungen erbringen und Beschäftigte in Forschungsbereichen, soweit sie militärisch forschen, zur Sicherstellung ihrer Arbeitsleistung verpflichtet werden. In den regionalen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsagenturen entstehen bereits die ersten Ausschüsse, in denen die Arbeitgeber, die Gewerkschaft, die BA und die Bundeswehr sitzen, um die Geschäftsführung der regionalen Arbeitsagentur in Fragen des Arbeitszwangs für den Zivilschutz zu beraten. Dazu passt dann auch, dass es dort heißt: „Durch Artikel 10 werden die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes und des Schutzes vor Arbeitszwang eingeschränkt“.

Für uns Gewerkschaften heißt das: Es wäre ein Trugschluss zu glauben, wir könnten in den Betrieben die Mitbestimmung ausweiten, während die Gesellschaft immer autoritärer wird. Das zeigt sich an den Ausführungen Manfred Webers, dem Fraktionsvorsitzenden der Konservativen Parteien im Europäischen Parlament. Er forderte vor einigen Wochen, die Wirtschaft in Europa auf Kriegswirtschaft umzustellen - notfalls mit Mehrheiten von rechts. Weber führte auch aus, was Kriegswirtschaft bedeutet, „dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden“. Das heißt, geht es nach Weber, dann entscheidet der Staat über die wirtschaftliche Ausrichtung eines Unternehmens und der Staat entscheidet auch über die Genehmigung von Mehrarbeit.

Der langjährige Vorsitzende der IG Metall Baden-Württemberg, Willi Bleicher, der seinen politischen Wirkungskreis ja hier in Stuttgart hatte und der wegen seiner KZ-Haftzeit für uns Gewerkschafter auch so etwas wie eine moralische Instanz ist, hat einmal gesagt: Wer für den Frieden ist, muss gegen den Krieg kämpfen“. Ich denke, es ist wichtig zu verstehen, dass Frieden kein Orchideenthema mehr ist, zu dem man sich unverbindlich verhalten kann. Es ist vielmehr so, dass Militarisierung und Krieg ein Angriff auf die arbeitenden Klassen in diesem Land sind und Frieden und Entspannungspolitik die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Umverteilungskämpfe gewinnen.